

Artikel vom 13.06.2017Diskussion mit [Katrin Albsteiger, MdB](#)

Lehrlingseinkommen steuerlich entlasten!



ALLERSBERG – „Dreh- und Angelpunkt in Bezug auf berufliche Bildung ist das Elternhaus“ stellte die 33-jährige CSU-Bundestagsabgeordnete Katrin Albsteiger, bis 2013 Vorsitzende der JU Bayern, bei ihrem Referat vor Nachwuchspolitikern in Allersberg fest. Die Junge Union im Kreis Roth hatte die Neu-Ulmerin und stellvertretende JU-Bundesvorsitzende eingeladen, um mit ihr über die Zukunft des dualen Berufsbildungssystems in Bayern zu diskutieren.

Auf der einen Seite könne es keine Mittelschule der Welt korrigieren, wenn zuhause nicht die notwendigen Grundlagen für eine charakterliche Ausbildungsreife gelegt würden, stellte sie fest. Auf der anderen Seite, ergänzte JU-Kreisvorsitzender Daniel Nagl, führe „linke Abiturgläubigkeit im historischen Schatten der 1968er und eine falsche Agenda der OECD mit dem Ziel einer Erhöhung der Abiturientenquote in Deutschland zu einem für die Karrierechancen der Kinder oft hinderlichen Denken der Eltern“. Sie wollten ihre Kinder manchmal mit allen Mitteln aufs Gymnasium bringen.

Bevor Katrin Albsteiger das Wort ergriff, skizzierte ihr Bundestagskandidatenkollege Daniel Matulla aus Roth die seiner Meinung nach schizophrene Lage des deutschen Bildungssystems. Das duale Ausbildungssystem werde zwar seit Jahrzehnten weltweit in seiner Kombination aus beruflicher Praxis im Betrieb und theoretischer Ausbildung in der Berufsschule als vorbildhaft bewundert und oftmals sogar exportiert. "In Deutschland selbst jedoch geht der Trend zum Studium", so Matulla. Rund 1,3 Millionen Auszubildende stehen 2,7 Millionen Studenten gegenüber.

Diese Entwicklung führt laut Daniel Nagl dazu, dass es bis 2030 einen Überschuss an Akademikern geben wird. Zugleich werden Fachkräfte deutlich fehlen. Das sei volkswirtschaftlich schädlich, war Nagl überzeugt. "Dieser Trend wird von den bayerischen Unternehmen mit Sorge beobachtet", so Albsteiger. Nach Energiepreisen, sei die Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte schon heute die zweite große Sorge der Betriebe. Hermann Hein, Kreisvorsitzender der Mittelstandsunion, bestätigte, dass es vor allem das Fehlen von Facharbeitern oftmals verhindere, dass mittelständische Betriebe in der guten Konjunkturlage weitere Aufträge annehmen und wachsen. In diesem Zusammenhang übte Albsteiger auch deutliche Kritik an der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die den deutschen Meister in Frage stellt. „Es wird dort ausgebildet, wo Meister in den Betrieben sind. Die von uns abgelehnte Schwächung des Meisters, wäre nicht nur eine Schwächung des Mittelstands, sondern auch eine Schwächung der für die gesamte Wirtschaft wichtigen Ausbildung“, so die Schwäbin.

Den Erfahrungen der Nachwuchsunternehmer Dominik Ramsauer und Daniela Karatas aus Roth zufolge wird diese Entwicklung durch den Sog großer Industrieunternehmen noch verstärkt. Dem konnte Albsteiger nur zustimmen. „Aber genau wie auf Landesebene betonen auch diverse Programme des Bundes die hervorragenden Perspektiven beruflicher Ausbildungen“, unterstrich sie. Vom Jobstarterprogramm, das hilft Ausbildungsangebote auch in kleinen Betrieben aufrecht zu erhalten, über die Erhöhung des Meister-Bafögs von 25 auf 40 Prozent bis hin zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes, um es Studienabbrechern zu erleichtern in eine berufliche Ausbildung zu wechseln, zählte sie die Initiativen der Bundesregierung auf.

JU-Kreisschatzmeister Daniel Banse war hinsichtlich ihrer Wirkung allerdings skeptisch. "Die Programme sind zwar löblich, jedoch reichen sie offenbar nicht, um die berufliche Ausbildung mit ihren Verpflichtungen für junge Menschen gegenüber den Freiheiten eines Studiums, attraktiv genug erscheinen zu lassen", so Banse. Nach einer Lehre in der Gastronomie studiert er aktuell Betriebswirtschaft und kritisierte die weitgehende steuerliche Entlastung von Werkstudenten. „Auszubildende hingegen werden voll belastet, obwohl sie in den Betrieben schon zum Steueraufkommen beitragen“, sagte Banse. Albsteiger versicherte, sich in Berlin für eine Entlastung der Auszubildenden stark zu machen.

Lob für die Stärkung des "tertiären Bildungssystems", also der Möglichkeit, nach erfolgreicher Ausbildung und Fachwirt akademische Abschlüsse zu erwerben, kam vom stellvertretenden JU-Kreisvorsitzenden Christian Albrecht und Fachagrarwirt Sven Weinberger. „Die Bundespolitik hat hier die Weichen in die richtige Richtung gestellt“, so Albrecht, der nach Ausbildung und Verwaltungsfachwirt nebenberuflich Bachelor und Master-Abschluss erwarb. Der Fachwirt und Büchenbacher Gemeinderat Matthias Nachtrab sprach sich für eine noch stärkere staatliche Förderung der Weiterbildungsangebote aus. Für die studierte Politikwissenschaftlerin Albsteiger sei das lebenslange und reife-basierte Lernen bereits heute der sicherere und planbare Weg hin zu einer erfolgreichen Erwerbsbiografie mit unbefristeten Anstellungsverhältnissen.

Da Albsteiger auch Berichterstatterin zu Jugendarbeit im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Bundestag ist, regte JU-Kreisvorsitzender und Paneuropäer Daniel Nagl an, analog zum deutschen Studienabbrecher-Programm ein „europäisches Exitprogramm“ für junge arbeitslose Akademiker oder Studienabbrecher in EU-Staaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zu etablieren. Es soll dazu führen, dass junge Menschen in Deutschland ausgebildet werden und danach wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. "In Teilen der EU herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 40 Prozent, zugleich fehlen in Deutschland Azubis und Fachkräfte", begründete er diese Initiative. Zuspruch erhielt er dafür von CSU-Kreisrätin Ulla Dietzel, für die feststand: „Junge Menschen wollen und müssen über den heimischen Tellerrand hinausblicken“.

Ein Programm, das die Qualifikations- und Beschäftigungslage in der EU dadurch verbessere, dass es junge, in der Heimat perspektivlose Menschen in duale Ausbildungsverhältnisse nach Deutschland vermittle, würde EU-weit struktur-stärkend wirken. Nach erfolgreichem Abschluss sollen sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort zu einem besseren Verständnis beruflicher Bildung und womöglich mehr Gründungen beizutragen, stimmte Albsteiger zu. Der Befürchtung des Abzugs der besten Kräfte trat sie mit einer Statistik entgegen. Würde die Quote an in Deutschland verbleibenden Gesellen in etwa der Quote an in Deutschland verbleibenden internationalen Studienabsolventen entsprechen, würden 30 Prozent langfristig bleiben und 70 Prozent in ihre Heimatländer zurückkehren, rechnete Albsteiger vor "Die gesellschaftlichen Kosten in Deutschland würden so mehr als refinanziert, ohne dass anderen EU-Staaten die Abwanderung der gut ausgebildeten Jugend droht."

Mit freundlicher Genehmigung **von Robert Schmitt**